

GASPREISE

„Politiker könnten zu Hause bleiben“

Zum Bericht „Luxemburg muss klären“ in der Ausgabe vom 27. Oktober. Das Pfälzische Oberlandesgericht hat den Rechtsstreit zwischen einer Neustädterin und den Stadtwerken über gekürzte Gasrechnungen ausgesetzt, bis der Europäische Gerichtshof in ähnlichen Fällen entschieden hat.

(...) Voller Respekt und Anerkennung für Frau Blasse und für die Initiative Gaspreise Stadt Neustadt nehme ich zur Kenntnis, dass Stadtwerke etwas von dem hohen Ross heruntersteigen müssen, auf dem sie bisher saßen. (...) Für den Verbraucher allerdings gab es keine Möglichkeit, die undurchsichtigen Kalkulationen der Stadtwerke zu durchleuchten. Die Stadtwerke haben dies immer strikt abgelehnt. Offenbar hatten sie bisher immer ein schlechtes Gewissen. Tatsache ist, dass die Stadtwerke jährlich Millionen Euro Gewinne auf Kosten der Gas-Verbraucher gemacht haben und auch weiterhin machen wollen. Es sind dies Millionen Euro aus dem Geldbeutel der Gasverbraucher. Die durch zu hohe Abrechnungen zustande gekommenen Überschüsse sind bisher ungefragt in zum Teil stark defizitäre Unternehmen der Stadt Neustadt, wie Stadionbad, Tourist AG, sowie in den Bezirksverband Pfalz geflossen (Anmerkung der Redaktion: Es sind Gewinnanteile an die Pfalzwerke geflossen, weil diese knapp 25 Prozent der Stadtwerkeanteile erworben haben). Auch wenn es Gründe gibt, defizitäre kommunale Unternehmen am Leben zu erhalten, warum werden dann nicht alle Bürger und nicht nur die Gasverbraucher dazu herangezogen? Nun, selbst das Oberlandesgericht in Zweibrücken hat Zweifel an der Redlichkeit der Kostenabrechnung der Stadtwerke Neustadt. Es wird also die Entscheidung des Europäischen Ge-

richtshofes in Luxemburg erforderlich. (...) Während die Stadtwerke im Falle des Unterliegens die entstandenen Anwalts- und Gerichtskosten (die Stadtwerke haben Staranwälte aus Berlin engagiert) einfach von den Gasverbrauchern bezahlen lassen, kann dies Frau Blasse nicht. Eigentlich müsste Frau Blasse und der Gaspreisinitiative Neustadt eine hohe Anerkennung für Bürgerengagement zuteil werden. Gäbe es mehr solch mutiger Menschen, viele (Kommunal-)Politiker könnten schlicht und einfach zu Hause bleiben und den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes dadurch viel Geld ersparen.

Jürgen Anicker, Neustadt